

Auszüge aus den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021 – (Nicht-)Stellungnahmen einiger ausgewählter Parteien zu einigen Themen aus dem Bürgerrechtsspektrum

[Kommentierungen jenseits der Auszüge und Gehalte aus den Wahlprogrammen sind kursiv gesetzt oder mit eckigen Klammern eingefasst.]

	CDU	SPD	GRÜNE	LINKE	FDP
Videüberwachung	<i>Neusprech:</i> „Videoschutz“, „Intelligente Videosicherheitstechnik“, „Zielgerichteter Datenschutz“, Ausbau „intelligenter“ Videüberwachung im öffentlichen Raum. Einsatz von KI. Automatisierte Gesichtserkennung.	-	<i>Nebelkerze:</i> „Keine undifferenzierte Ausweitung von Videüberwachung“. <i>[Das ist eine Nullaussage.] Immerhin:</i> „Ablehnung biometrischer Identifizierung wie bspw. Gesichtserkennung.“	„Beendigung der Videüberwachung im öffentlichen Raum“. Verbot automatisierter Gesichtserkennung!	Ablehnung automatisierter Gesichtserkennung. <i>Nebelkerze:</i> „Keine flächendeckende Videüberwachung.“ <i>[Das ist eine Nullaussage.] Dann das:</i> „Eine intelligente Videüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten kann eine sinnvolle Ergänzung sein.“ <i>[Das steht im sachlichen Widerspruch zur hier zuerst zitierten Aussage.]</i>
Versammlungsfreiheit	-	-	<i>Außer einer Stelle mit einer Phrase keine Bezugnahme.</i>	Gegen „allgemeine Versammlungsverbote“. Verbot von Pfeffersprayeinsätzen der Polizei bei Demos.	-
Staatstrojaner	<i>Ausbau des Staatstrojanertums:</i> „Voraussetzungen dafür bundesweit anpassen, damit sie eingesetzt werden können.“	<i>Nebelkerze:</i> „Eine technisch sichere Ende-zu-Ende-Verschlüsselung ist für uns selbstverständlich.“ <i>[Aber kein Wort zur Haltung zum Trojaner. Das ist hinterhältig und unehrlich.]</i>	„Ablehnung des Infiltrierens technischer Geräte durch Staatstrojaner.“ <i>[Hört sich gut an, passt aber nicht zum bisherigen (Ver)Halten der „Grünen“ in der Realpolitik in den Ländern.]</i>	Verbot von Staatstrojanern.	<i>Nebelkerze:</i> „Keine Staatstrojaner, solange nicht sichergestellt ist, das der Kernbereich privater Lebensgestaltung geschützt ist.“ <i>[Das ist eine schließt das andere technisch aus.] Immerhin:</i> „Wenn einer staatlichen Stelle Sicherheitslücken bekannt werden, muss diese umgehend dem BSI gemeldet werden, um eine Schließung der Lücke herbeizuführen oder die Lücke zu veröffentlichen.“
Geheimdienste	Stärkung des Inlandgeheimdienstes. Mehr Überwachung „sozialer Netzwerke“. Mehr Datenaustausch bei den Geheimdiensten. Mehr Überwachung „im Vorfeld“ angeblich drohender Straftaten. Intensivere Zusammenarbeit der Geheimdienste mit der Polizei.	Für „Verfassungsschutz“. „Verbesserung der Strukturen der Sicherheitsbehörden.“ <i>[Das ist sehr pauschal und blankoscheck-artig.]</i>	„Neuordnung des Verfassungsschutzes“. „Neustrukturierung zur Verbesserung der Analysefähigkeit.“ Stärkung der Kontrolle der Geheimdienste. „Regelung des Einsatzes menschlicher Quellen“ <i>[Also Beibehaltung von Spitzelpraxis gegen Bezahlung.]</i>	Ersetzung des Inlandsgeheimdienstes durch eine Beobachtungsstelle. Einstellung der Spitzelpraxis („V-Leute-System“). „Perspektivisch alle Geheimdienste abschaffen.“	Konzentration/Zusammenziehung von Inlandsgeheimdiensten. GTAZ und GETZ sollen parlamentarisch kontrolliert werden, dafür aber eine Rechtsgrundlage erhalten und somit weiter betrieben werden. Verankerung des <i>[schon längst aufgeweichten]</i> Trennungsgebots der Alliierten im Grundgesetz.
Vorratsdatenspeicherung	Für eine Vorratsdatenspeicherung auf EU-Ebene.	-	Ablehnung „anlassloser Vorratsdatenspeicherung“.	Verbot der Vorratsdatenspeicherung.	Quick-Freeze statt Vorratsdatenspeicherung.
Polizei	Begriff „Polizei“ taucht 36 mal im Text auf. Mehr Datenaustausch und -zufluss. Mehr Zusammenarbeit mit Geheimdiensten. Zusätzliche Ermittlungsbefugnisse. Mehr Polizei und Polizeipräsenz im öffentlichen Leben. Mehr Lohn für die Polizist*innen. Mehr Kennzeichenscanning. Schleierfahndung im gesamten Bundesgebiet. Mehr Befugnisse auch für den Zoll/die Zollpolizei. Mehr „Staatschutz“. Recht auf Durchsuchung und Erfassung privater verschlüsselter Nachrichten und Telefonate. Einsatz der „Bundeswehr im Inneren“ unter Führung der Polizei. Mehr Zusammenarbeit der Polizeien mit nicht-polizeilichen Behörden und privaten „Sicherheitsunternehmen“.	Ausbau der Zollpolizei in Befugnissen, Ausrüstung und Personal. „Polizist*innen verdienen Anerkennung und Respekt“. Und bessere Bezahlung bei besseren Arbeitsbedingungen. Mehr Zusammenarbeit der deutschen Polizeien untereinander und mit Europol.	Mehr Geld und Befugnisse für den Zoll. Schaffung einer neuen „Finanzpolizei“. Mehr Geld für die Polizeien. Bessere Zusammenarbeit und mehr Datenaustausch. Lob der „guten Arbeit der Polizei“. „Stärkung der Polizei bei ihrer Arbeit zum Schutz der Grundrechte“. Mehr Personal, also mehr Polizei. „Polizist*innen verdienen unsere Wertschätzung.“ Mehr Zusammenarbeit der Polizeien auf EU-Ebene. „Gemeinsame europäische Polizeiteams, Aufwertung von Europol zum Europäischen Kriminalamt.“ Mehr internationale Einsätze der Polizei.	Aufbau einer „Bundesfinanzpolizei“. Einrichtung unabhängiger Beschwerde- und Ermittlungsstellen. Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen. Reform der Polizei(arbeit). Keine Ausweitung von Polizeibefugnissen. Bessere Arbeitsbedingungen. Mehr Kontrolle der Polizei(arbeit). Kein Taser, keine Gummigeschosse, keine weitere Militarisierung. Keine internationale Polizeieinsätze.	Ausbau von Europol zum Europäischen Kriminalamt. Mehr und bessere Ausstattung für die Polizeien. Kein Generalverdacht gegen die Polizei. Pseudonyme Kennzeichnungspflicht. Bessere Dokumentation von Gewalt und Übergriffen gegen [!] Polizist*innen. Bessere Ausrüstung, mehr Geld. Mehr Aufgabenabgabe/Befugnisse an/für private Sicherheitsdienste, also Privatisierung der Polizeiarbeit.
Frontex	Ausbau „zu einer echten Grenzpolizei“. Mehr Personal für Frontex. Mehr Geld.	-	Kritik an Frontex-Menschenrechtsverletzungen, Einforderung von mehr parlamentarischer Kontrolle von Frontex. Aber keine Abschaffung.	Auflösung von Frontex.	Ausbau von Frontex, aber auch „strukturelle Reform“. Schutz der Außengrenzen. Übernahme von Seenotrettungsaufgaben durch Frontex. <i>[Heutzutage nicht vorstellbar.]</i> Menschenrechtsverletzungen wie die Pushbacks sollen sehr „ernst genommen werden“. Aufklärung dieser Vorfälle.

Quellen Wahlprogramme-Links: <https://www.bundestagswahl-2021.de/wahlprogramme/>

Anmerkungen:

SPD-Wahlprogramm und -Seiten lassen sich nicht via Tor-Browser einsehen/herunterladen.

Diese Zusammenfassung erhebt keinen Anspruch auf Korrektheit, Vollständigkeit oder Neutralität. Ein Dokument vom Blog freisheitsfoo.de. Unter der Creative-Commons-Lizenz CC-BY-SA. Stand: 4.9.2021

